

SCHWARZBUNT

Mitgliederzeitung der CDU Münster

H 75571 • Nummer 106 • Ausgabe November/Dezember 2007



Neues NRW-Kinderbildungsgesetz:

**Dieses Lächeln
ist unser Ziel**

AUS DEM INHALT: "Starke Kultur, starker Sport und Grünoasen" (Seite 2) • NRW-Kinderbildungsgesetz (Seite 4) • CDU-Agrarausschuss: Flächen nicht vergeuden (Seite 6) • Programmdebatte "Wachsende Stadt" (Seite 8) • Aufforstung nach Kyrill (Seite 14)

„Starke Kultur, starker Sport und Grünoasen“

CDU-Chef Markus Lewe zur Konzert- und Kongresshalle

„Die Musikhalle muss eine Halle für Alle sein“, sagt der CDU-Vorsitzende Markus Lewe zu den jetzt beschlossenen Plänen für eine Konzert- und Kongresshalle. Jeder, ob jung oder alt sei eingeladen, diese Halle zu nutzen. „Münster ist eine Stadt der Musik.“

Und eine Musikhalle ziehe Menschen an: „Stellen Sie sich vor, Sie wären ein Unternehmer aus München oder Berlin und suchen einen neuen Standort für Ihre Firma. Sie würden natürlich zunächst auf die Straßen-, Flugzeug- und Bahnverbindungen schauen. Dann aber würden Sie schon nach kurzer Zeit die Frage beantworten müssen: Wie kann ich eigentlich hoch qualifizierte Mitarbeiter motivieren, mit ihren Partnern in eine Stadt zu ziehen? Wie kann ich Menschen bewegen, diese Stadt zu besuchen?“ Die Antwort ist für Lewe klar: „Starke Kultur, starker Sport und wohlthuende Grünoasen ziehen Menschen am Besten an.“ Die Musikhalle sei ein Baustein in der starken Kultur Münsters. „Menschen, die nach Münster ziehen, geben hier

Geld aus und gründen hier Firmen. Diese Unternehmen wiederum schaffen hier Arbeitsplätze. Die größte soziale Herausforderung unserer Tage ist die Schaffung von Arbeitsplätzen.“ So habe Münster durch gute „weiche Standortfaktoren“ unter CDU-Führung viele neue Arbeitsplätze schaffen können. „Das soll auch weiter so bleiben.“ Dazu fordert Lewe mehr Entschlossenheit: „Seien wir so mutig wie unsere vorherige Generation, die nach dem furchtbaren Krieg und der Zeit des Wiederaufbaus beschlossen hat, obwohl es überall viel Not gab, ein neues Stadttheater zu errichten.“

Wer eine Sozialdebatte über das Für und Wider einer Musikhalle führt, wird in Zukunft in jeder kulturpolitischen Auseinandersetzung gelähmt sein, warnt Lewe. „Soziales und Kunst darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.“ Wer den Bürgern deutlich machen will, die Musikhalle würde andere kulturelle Möglichkeiten reduzieren, habe die Sache nicht richtig erkannt. „Wer nur an die Angst appelliert, wird die Stadt auf Dauer

traumatisieren. Trauen wir uns doch etwas zu, begeistern wir die Menschen in unserer Stadt, in Westfalen und in ganz Europa mit unserer kulturellen Vielfalt.“

„Unterstützung, aber keine städtische Alleinträgerschaft“

Innerhalb dieses Rahmens sei die CDU als zuverlässige politische Kraft in Münster bekannt. Eine Abkehr von „unserer begeisterten Unterstützung“ der Musikhalle sei nicht zu verantworten. Eine Abkehr von der Musikhalle - von welcher politischen Kraft auch immer - würde das Ende des Mäzenatentums in unserer Stadt bedeuten, so Lewe. „Jede Bereitschaft bürgerschaftlicher Initiativen würde mit einer Abkehr von der Musikhalle begraben. Gleiches gilt für die Unterstützung durch das Land Nordrhein-Westfalen. Daher ein klares Ja zu Münster als Kulturhauptstadt. Ja, zu Münster als Stadt der Musik.“

Jedes dritte Mitglied arbeitet aktiv mit

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in einer groß angelegten Untersuchung die Mitgliedschaft der CDU unter die Lupe genommen. Über 7300 Mitglieder haben mitgemacht.

So ist die Sozialstruktur von Parteimitgliedern gut dokumentiert. Trotz Unterschieden im Detail gibt es sozialstrukturelle Eigenschaften von Mitgliedern, die für alle Parteien typisch sind, heißt es in der Untersuchung: „Parteimitglieder haben ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau, Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind überrepräsentiert, jüngere Jahrgänge (unter 40jährige) sind unterrepräsentiert. Parteien haben bei Frauen Mobilisierungsprobleme.“

Die Mitglieder der beiden Volksparteien tragen dabei nach wie vor die sozialstrukturell sichtbaren Merkmale der alten gesellschaftlichen Konfliktlinien: Die SPD hat einen (mittlerweile jedoch nur noch geringfügig) höheren Anteil an Arbeitern, und die Union hat einen hohen Anteil an kirchenverbundenen, katholischen Mitgliedern. Diese generelle Struktur findet sich auch in dieser Umfrage wieder.

Im Zeitverlauf fällt zunächst die Verschiebung der Altersstruktur der CDU-

Mitglieder auf. Der Anteil jüngerer Mitglieder ist seit 1993 zurückgegangen, der Anteil der über 60jährigen ist gestiegen. War 1993 etwa ein Drittel der CDU-Mitglieder über 60 Jahre alt, so ist es 2006 knapp die Hälfte. In Münster sind 60 Prozent der Mitgliedschaft über 60 Jahre alt.

Der Frauenanteil in der CDU liegt konstant bei 25 Prozent

Auch dies ist im Vergleich zu anderen Parteien nicht auffällig. So hat die SPD einen Frauenanteil von ca. 30 Prozent, die FDP von ca. 23 Prozent und die CSU von ca. 18 Prozent.

Innerparteiliche Partizipation

Insgesamt weist die CDU-Mitgliedschaft ein hohes Aktivitätsniveau auf. Etwa ein Drittel der Mitglieder ist durch ein Amt oder ein Mandat in die tagesaktuelle Arbeit in der Partei eingebunden. Aber auch die Einbindung in das gesell-

schaftliche Leben ist bei den Mitgliedern stark ausgeprägt. So sind 16 Prozent Mitglied einer Organisation (wie z. B. einer Gewerkschaft), 36 Prozent anderer Organisationen (auch Berufsverbände) und 5 Prozent einer Bürgerinitiative. Absolut fest verankert ist die CDU im Vereinsleben. 67 Prozent der Befragten sind auch in Vereinen (wie Gesangs-, Sport-, oder Schützenvereinen) Mitglied. Nur 14 Prozent geben an, ausschließlich Mitglied in der CDU zu sein. Somit kann die Mitgliedschaft nach wie vor als wichtiger Multiplikator in die Gesellschaft hinein gesehen werden. Allerdings ist diese Funktion nicht überall gleichermaßen verbreitet. So ist die CDU-Mitgliedschaft überwiegend im ländlichen Raum verortet. Allein 58 Prozent der Mitglieder wohnen in Dörfern (in ländlicher wie in städtischer Umgebung) sowie in ländlichen Kleinstädten. In Großstädten wohnen nur 6 Prozent im Stadtzentrum und weitere 11 Prozent in den Vororten.

“Mehr Betreuung, mehr Bildung, mehr Geld”

Landtag verabschiedet KiBiz-Gesetz / Interview

"Jetzt ist endlich die Zeit des Handelns gekommen", meldet die CDU-Landtagsfraktion nach der abschließenden Beratung des neuen Kinderbildungsgesetzes. Das Gesetz schaffe die Voraussetzungen für eine bessere Förderung der Kinder. "KiBiz bedeutet mehr Bildung, individuelle Sprachförderung und schafft mehr Beratung und Vernetzung durch Familienzentren. KiBiz sorgt für einen massiven Ausbau der Plätze für die kleinen Kinder, verankert gesetzlich die Betreuung durch Tagesmütter und -väter und verbessert die Förderung von behinderten Kindern.

KiBiz stellt mehr Geld für frühkindliche Bildung zur Verfügung, als dies jemals zuvor der Fall war: ab 2009 sind dies mehr als 1 Milliarde Euro pro Jahr! KiBiz schafft klare Finanzstrukturen mit Planungssicherheit für alle. Und KiBiz ermöglicht Wahlfreiheit für Eltern und verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Über die Diskussion sprach SCHWARZBUNT mit der Landtagsabgeordneten Marie-Theres Kastner, die Sprecherin des Arbeitskreises Generationen, Familie und Integration der CDU-Landtagsfraktion ist.



SCHWARZBUNT: Über das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) wird viel gestritten. Warum reicht die bisherige Regelung aus dem Jahr 1993 nicht mehr aus?

MARIE-THERES KASTNER: Bis 2010 wird es ungefähr 64.000 Kinder unter sechs Jahren weniger geben als heute. Ließen wir es beim alten GTK müssten wir heute mehr als 2.700 Gruppen schließen. Es ist auch nicht möglich, ohne große Bürokratie vorhandene Plätze für Kinder über 3 Jahren in Plätze für Kinder unter 3 Jahren umzuwandeln. Darüber hinaus brauchen wir Flexibilität für Eltern und Einrichtungen. Und es gibt neue Fragestellungen im

frühkindlichen Bereich, z.B. die verbesserte Sprachförderung, die mit dem alten Gesetz nicht gelöst werden konnte.

SCHWARZBUNT: Was sind die drei wesentlichen Ziele des Gesetzes?

KASTNER: Erstens: mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren. Zweitens: mehr Bildung und Betreuung (verbesserte Sprachförderung, Bildungsdokumentation, Bildungsvereinbarungen). Drittens: Mehr Flexibilität für Eltern und Träger (Wahl der Betreuungszeiten, Ausweitung der U-3-Betreuung)

SCHWARZBUNT: Haben Sie Verständnis für die Proteste der Träger und von Eltern?

KASTNER: Demokratie lebt

von und durch öffentliche Diskussionen, von Rede und Gegenrede. Es ist verständlich, dass ein Gesetz, das eine Vielzahl von Adressaten betrifft, kontrovers diskutiert wird. Solange die Auseinandersetzungen sachlich geführt werden, ist nichts dagegen zu sagen. Wenn aber wie von der Gewerkschaft verdi dazu aufgerufen wird, Emotionen zu schüren und sich sachlichen Argumenten zu verschließen, dann stößt mein Verständnis an Grenzen.

SCHWARZBUNT: Die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist doch ein erklärter Schwerpunkt der CDU/FDP-Landtagskoalition. Trägt denn das KiBiz zur Haushaltskonsolidierung bei?

KASTNER: Das KiBiz kann schon bei reiner Betrachtung der Zahlen kein Spar- oder Konsolidierungsgesetz sein. Stehen im Landeshaushalt in diesem Jahr 866 Millionen Euro für den Bereich der frühkindlichen Betreuung bereit, so wird es 2010 über eine Milliarde Euro sein - und das bei geringerer Kinderzahl.

SCHWARZBUNT: Nehmen wir einen durchschnittlichen Kindergarten mit drei Gruppen Drei- bis Sechsjähriger an, in dem es weitere zehn Kinder unter drei Jahre gibt. Was ändert sich finanziell und qualitativ?

KASTNER: Diese Frage lässt sich von außen nicht beantworten. Der Träger der Einrichtungen wird überlegen, ob er die zehn Kinder unter drei Jahren in eine gesonderte Gruppe gibt oder insgesamt die Gruppe anders zusammensetzt. Das wird an Hand des individuellen Bedarfs der Kinder entschieden. Das städtische Jugendamt wird zusammen mit den Trägern gemeinsam überlegen, welche Angebote den Eltern darüber hinaus gemacht werden können, vor allem in Bezug auf die Betreuungszeiten.

Was man aber schon jetzt ganz klar sagen kann: Kein Kind steht sich schlechter als mit dem alten GTK! Wir richten uns nach anerkannten europäischen Standards.

Jedes Kind bekommt die Förderung die es braucht. Die Qualität frühkindlicher Erziehung und Betreuung wird ganz klar besser!

SCHWARZBUNT: Müssen die Eltern höhere Beiträge dafür bezahlen?

KASTNER: Das müssen die Kommunen entscheiden. Das KiBiz enthält lediglich die Vorschrift, dass die Elternbeiträge sozial gestaffelt und den wirtschaftlichen Leistungsvermögen der Eltern entsprechen müssen.

SCHWARZBUNT: Vielen Dank für das Gespräch.

Termine

Kreisverband

7. November, 18.30 Uhr
CDU-Geschäftsstelle. 1. Sitzung der Projektgruppe „Soziales, Gesundheit, Sport“ (Mitarbeit bitte über Geschäftsstelle anmelden, Tel. 0251/418420)

14. November, 18.00 Uhr
Max-Planck-Institut. Wissenschaftssymposium mit u.a. mit Prof. Dr. Hans R. Schöler, Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Heribert Meffert, Uni-Rektorin Prof. Dr. Ursula Nelles (s. letzte Seite)

Impressum

SCHWARZBUNT ist die zweimonatlich erscheinende Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Münster e. V. (Herausgeber), Mauritzstraße 4-6, 48143 Münster, Telefon 0251/41842-0, Telefax 0251/ 41842-44, Internet: www.cdu-muenster.de, E-Mail schwarzbunt@cdu-muenster.de.

Redaktion: Stefan Weber

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Wertvolle Ackerflächen nicht vergeuden

CDU-Agrarausschuss fordert Bewusstseinswandel

Jeder Münsteraner wird sie kennen, die reifen Gerstenfelder, die saftigen Weizenschläge, die gelben Rapsfelder, Eichenwälder und Buchenhecken, die duftenden Heuwiesen. Hinter diesen Naturelementen, die den grünen Charakter unserer Stadt ebenso prägen wie Promenade und Rieselfelder und ihren erstklassigen Erholungswert deutlich mitbegründen, stehen moderne investitionsstarke Wirtschaftsunternehmen.

Rund 640 landwirtschaftlich Voll- und Nebenerwerbsbetriebe produzieren wie ihre Vorfahren seit Jahrhunderten hier in der Stadt Nahrungsmittel, vornehmlich im Bereich Ackerbau und Viehzucht, und gestalten und pflegen die Landschaft. Doch viele Landwirte hier in Münster bängen um die Existenzfähigkeit ihrer Betriebe in der Zukunft.

Als größte Gefahr für die Zukunft der Betriebe sehen wir den enormen Flächenverbrauch an. Von den etwa 30.000 Hektar Grundfläche der Stadt Münster ist noch knapp die Hälfte landwirtschaftlich bewirtschaftet, dabei sowohl private als

auch öffentliche Flächen.

Und das muss auch so bleiben! Leider verraten die statistischen Angaben der Stadt Münster, dass schon viel zu viel wertvolle Ackerfläche verloren gegangen ist: in den vergangenen 15 Jahren über 1500 Hektar. Das sind 10 Prozent der jetzigen Wirtschaftsfläche und - wollte man es in landwirtschaftliche Familienbetrieben umrechnen - sind dies mindestens 30 große Höfe. Nicht auszudenken, wenn das so weitergeht! Denken wir nur an den momentan national wie weltweit unübersehbar rasant wachsenden Bedarf an Ackerfrüchten zur Nahrungsmittel- und Energieproduktion, so fehlen die Flächen schon jetzt definitiv.

Das trifft uns Landwirte auch hier im beschaulichen Münster knallhart. Futter für unsere Tiere ist extrem im Preis gestiegen, sogar die EU reagiert erstaunlich spontan mit dem Aussetzen von so genannten Stilllegungs-Verpflichtungen. Da ist es für Landwirte nicht zu ertragen, wenn für eine Straße, die selbst - und dafür ist Verständnis da - zum



Irmgard Hilgensloh ist Vorsitzende der CDU-Agrarausschusses

Teil auf blankem wertvollem Ackerland entstehen muss, noch ein Vielfaches an Fläche für parallel festgesetzte Ausgleichsmaßnahmen gebraucht werden soll. So ist die Situation, bei weitem nicht rosig, trotz der vielen positiven Meldungen über Landwirtschaft in den Medien, lokal und bundesweit.

Wir - als CDU-Agrarausschuss - wollen uns der Dringlichkeit des Themas Flächenverbrauch bei uns vor der Haustür stellen und keine Bemühungen unterlassen, ja dafür kämpfen, dass eine Wende eintritt.

Bürger, Politik und Verwaltung müssen das Ziel verfolgen, den Verbrauch von freier Ackerfläche so gering wie möglich zu halten.

Wie kommt es zu diesem Flächenverbrauch? Da sind einerseits unabänderliche Eingriffe für Wohnen, Wirtschaft und Infrastruktur, für die auch der Berufsstand im Sinne des notwendigen Wachstums einer Stadt unbedingtes Einsehen hat. Oben darauf kommt dann aber ein großer Flächenverbrauch für ökologische Ausgleichsmaßnahmen, und genau an dieser Stelle brauchen wir schleunigst einen Erkenntnisprozess und Meinungswandel. Wie wollen wir in der Stadt Münster in Zukunft ökologisch ausgleichen? Neuaufforstungen auf blankem Ackerland schlucken endgültig Produktionsfläche, warum denken wir nicht zuerst über Aufwertung vorhandener Bestände nach? Was wollen wir als Ausgleichsmaßnahme ansehen und wie wollen wir sie bewerten, da muss sicherlich der Meinungswandel ansetzen. Hat es nicht ein Blühstreifen, ob einjährig

oder mehrjährig, der allem Getier vom Käfer über Schmetterling und Biene bis hin zum Rehkitz Nahrung und Zuflucht bietet, verdient, als Ausgleich anerkannt zu werden? Wir Landwirte sind der festen Überzeugung, dass es sich die Gesellschaft – auch hier in Münster – nicht mehr leisten kann, wertvolle Ackerböden unumgänglich dem Dauernaturschutz zu opfern. Es gibt keine Zeit mehr zu verlieren, da muss sofort etwas passieren.

“Es muss sich etwas in den Köpfen tun!”

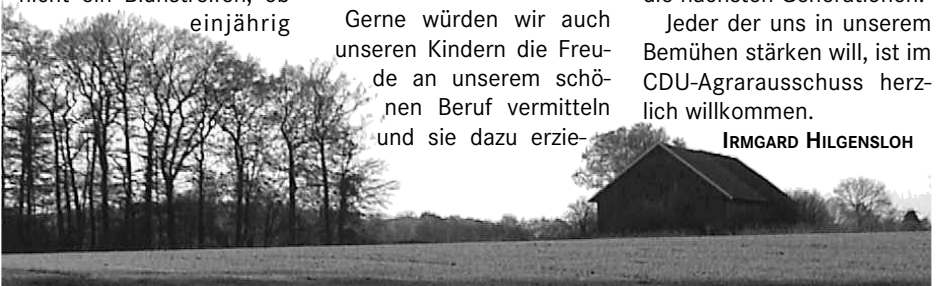
Raps und Obstwiesen, Weizenfelder und Hecken gehören zusammen, sie prägen seit Jahrhunderten nachhaltig die so schöne Münsterländer Kulturlandschaft mit ihrem hohen Erholungswert, um die wir oft beneidet werden. Sie ist über Generationen von Landwirten und ihren Familien gestaltet und gepflegt worden und zwar freiwillig, aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln, zuverlässig und ohne der Kommune Kosten zu verursachen.

Gerne würden wir auch unseren Kindern die Freude an unserem schönen Beruf vermitteln und sie dazu erzie-

hen, sozial verpflichtend wie ihre Eltern und Vorfahren die Verantwortung für die halbe Fläche unserer Stadt zu übernehmen, die Landschaft zu pflegen, sie in einem ökologisch guten Zustand zu halten und dabei natürlich Nahrungsmittel und Energie zu produzieren. Doch welcher clevere junge Mensch möchte sich ständig in seiner anstrengenden risikoreichen Arbeit durch zermürbende Auflagen ausbremsen lassen? So bleibt manche Eigeninitiative unnötig auf der Strecke. Konstruktive Zusammenarbeit und Weitsicht aller Beteiligten ist erforderlich, um Münsters grüne Schönheit mit Hilfe existenzfähiger Landwirtschaft, die Visionen und Tatkraft einbringt, in die Zukunft zu bringen. Notwendige ökologische Maßnahmen müssen mit der Agrarstruktur abgestimmt und in die Nahrungsmittelproduktion eingebunden werden. Wertvolle Ackerflächen und ihre Ertragskraft dürfen wir nicht mehr vergeuden. Da tragen wir alle eine Verantwortung für die nächsten Generationen.

Jeder der uns in unserem Bemühen stärken will, ist im CDU-Agrarausschuss herzlich willkommen.

IRMGARD HILGENSLOH





Rund 150 CDU-Mitglieder gaben im Agravis-Verwaltungsgebäude den Startschuss zu den Vorbereitungen des Kommunalwahlprogramms "Wachsende Stadt".

CDU will Münster als wachsende Stadt

Projektgruppen bereiten Kommunalwahlprogramm vor

Es gibt in Deutschland im Zeichen des demografischen Wandels mit sinkender Bevölkerungszahl nur wenige Kommunen, die noch wachsen können. Münster sei eine dieser wenigen Städte, die noch wachsen, sagte CDU-Chef Markus Lewe bei seiner Begrüßung zum Parteitag am 10. Oktober. „Was wächst, das hat seine Zukunft nicht schon hinter sich. Eine wachsende Stadt bekommt mehr Lebensqualität und zieht Menschen an. Wo Menschen sind, da fließt auch Geld. Wo mehr Menschen sind, da fließt auch

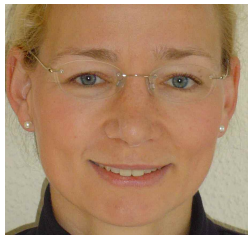
mehr Geld. Wo mehr Geld fließt, da können wir auch denen mehr helfen, die sich sonst nicht helfen können.“

Die CDU Münster sei die politische Kraft der Stadt, die auf Entwicklung, auf Wachstum, auf Zukunft setzt oder, wie Lewe sagt: „Wir helfen wachsen.“ Wie in der Land- und Forstwirtschaft, die traditionell und aus natürlichen Gründen in Generationen, also immer an die Zukunft denkt, brauche man für Wachstum Menschen, die säen, die gärtnern, die hegen und pflegen. Sonst könne niemand ernten und verzehren.

Dieses Münster-Gefühl falle nicht vom Himmel. Le-we rief die Mitglieder dazu auf, dafür „politisch hart zu arbeiten.“ Diese programmatische Arbeit solle zu nächst in sechs Projektgruppen vorbereitet werden, wie die Mitgliederversammlung einstimmig beschloss. Drei der sechs Gruppen werden diesmal in Schwarzbunt vorgestellt, die anderen drei in der nächsten Ausgabe - alle sind bereits jetzt im Internet (www.cdu-muenster.de) zu finden. Die Anmeldung dazu ist in der CDU-Geschäftsstelle möglich.

“Vereinbarkeit von Beruf und Familie”

Leitung: Annette Hopf



Nichts ist existenziell so tiefgreifend wie die Entscheidung für das erste Kind - und für weitere Kinder. Darum ist der Erfolg der „wachsenden Stadt Münster“ in allen, wirklich allen Bereichen abhängig von der Familienfreundlichkeit. Ohne junge Menschen, die sich früh und für mehr als ein Kind entscheiden, kann dieses Konzept nicht gelingen, sondern ist auf Sand gebaut.

Die Debatte um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist sehr heiß, viele Schlagworte und Vorurteile erschweren die Diskussion.

Es ist die Kontroverse, die jeden in der Gesellschaft angeht und bei der wirklich jeder ein Wörtchen mitzureden hat. Und diese Kontroverse wird noch einige Zeit die politischen Diskussionen dominieren. Diese Kontroverse müssen wir deshalb zum einen innerhalb unserer Partei führen und zum anderen außerhalb der Partei folgendes klarstellen:

Diese Kontroverse wird in der CDU geführt (das soll kein Geheimnis bleiben, da darf auch die Kontroverse mal zum Inhalt der Meldung werden). Aber nur in der CDU wird diese Kontroverse

verantwortungsvoll und kompetent geführt. Nämlich mit der Grundlage eines Menschen- und Weltbildes und einem tragfähigen Konzept von funktionierender Familie.

Viele einzelne Ratsbeschlüsse haben schon bisher für überdurchschnittlich gute Bedingungen für Familien gesorgt, oft unbemerkt und für selbstverständlich genommen. Da wollen wir in Zukunft noch etwas lauter trommeln. Man darf auch über die Stadttore hinaus erfahren, daß es sich in Münster als Familie besser leben lässt als an (fast) allen anderen Orten.

Die Projektgruppe will dies durch parteiinterne und -externe Arbeit vorantreiben, es geht um die Erstellung der Inhalte genauso wie um die Organisation von Events unterschiedlichster Art. Ich möchte Sie sehr herzlich auffordern, diese Debatte jetzt mit uns zu führen. Wenn wir Münster wachsen sehen wollen, müssen wir jetzt den Acker bestellen für die Saat, sonst wächst gar nix - oder Unkraut!

ANNETTE HOPF

Termine

Vereinigungen

MIT/WIV

15. November, 19.00 Uhr „Kiepenkerl“. Mitgliederversammlung mit Vorstandsneuwahl. Gast: Abt.Dir. E. Tilkorn von der Bezirksregierung Münster: „Die Bedeutung der Regionalplanung für Münster“.

Senioren-Union Handorf

20. November, 15.30 Uhr Heimathaus Handorf, öffentliche Veranstaltung mit U. Marouf-Krolzig: 15 Jahre als Krankenschwester in Jerusalem“. Anmeldung bis 17.11. bei Klein, Tel. 32 45 34.

CDA

27. November, 20.00 Uhr Gaststätte „Mauritz-Eck“. Mitgliederversammlung.

13. Dezember, 20.00 Uhr Gaststätte „Braustübl“. **W e i h n a c h t s e s s e n** gemeinsam mit der OU Süd.

Frauen-Union

3. Dezember, 15.00 Uhr, „Kiepenkerl“. Adventskaffee.

Soziales, Gesundheit und Sport

Leitung: Peter Frings

Die von der Projektgruppe zu bearbeitenden Themenfelder sind sehr weit gespannt. Aber das macht vielleicht auch gerade den Reiz dieser Gruppe aus. Es wird darum gehen, mit den Mitgliedern, die sich in der Gruppe engagieren wollen,

- mögliche Aktionen zu überlegen,
- auf gesellschaftliche Gruppen in Münster zuzugehen und das Gespräch mit ihnen zu suchen und schließlich

■ Aussagen für ein zukünftiges Wahlprogramm der CDU Münster mit zu formulieren.

Für die drei Themen-Bereiche der Projektgruppe bietet es sich an, sich damit zu befassen, welche Stärken und Schwächen Münster in den einzelnen Themenfeldern hat und wie damit umgegangen werden soll.

Im Bereich der Gesundheit könnte es etwa die Auseinandersetzung mit den Angeboten des Info-Büros Pflege sein und die Perspektiven einer möglichen Verbesserung des Leistungsspektrums angesichts des demographischen Wandels.

Im Bereich Sport wäre eine Möglichkeit die Kontaktaufnahme zu Sportvereinen unserer Stadt und

der Austausch über mögliche Veränderungen und weitere Leistungspotentiale der Vereine.

Was den Sozialbereich betrifft, so wäre das Thema der Kinder- und Altersarmut eine mögliche Fragestellung; die Existenz der Münstertafel und ihrer Angebote sollte uns auch als CDU

interessieren oder die Fragestellung, ob jedes Kind in unserer Stadt eine warme Mahlzeit am Tag bekommt?

Dies sind nur einige der zahlreichen, möglichen Themenfelder, die in dieser Projektgruppe behandelt werden könnten.

PETER FRINGS

Bürgerschaftliches Engagement

Leitung: Prof. Dr. Klaus Juncker

Demografische Veränderungen, haushaltswirtschaftliche Probleme und die Krise des Sozialstaates stellen die Kommunen vor neue Herausforderungen. Gefragt ist ein stärkeres Engagement, mehr Eigen- und Mitverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern, nicht als billiger Ersatz für sozialstaatliche Leistungen, sondern als wirksame Ergänzung.

Bürgerengagement ist jedoch weit mehr als „Ehrenamt“ oder „Freiwilligenarbeit“. Im Vordergrund steht eine neue Kultur des Miteinanders und die Klärung kommunaler Verantwortlichkeiten:

Allen Beteiligten – den Bürgern, den Unternehmen,

der Verwaltung und den Verbänden – wachsen neue Rollen und neue Verantwortungen zu. Das Verhältnis von Kommune und Bürgergesellschaft muss neu durchdacht und auf eine zukunftssichernde Plattform gestellt werden.

Vor allem aber bedarf es zur Förderung des Bürgerengagements in der Breite und in der Tiefe innovativer Organisationsformen und Konzepte, um das vorhandene Potential an bürgerschaftlichem Engagement besser auszuschöpfen und neues zu generieren.

Die Verwirklichung der Bürgergesellschaft braucht die Mitwirkung und das Zusammenwirken von Bürger,

Unternehmen und Kommunen. Gefragt sind stimmige Konzepte, aber auch personelle und finanzielle Ressourcen bzw. eine Infrastruktur zur Förderung, Unterstützung und (Weiter-)Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements. Dies ist eine Investition in die Zukunft, aber eine, die sich auszahlt:

- Für die Bürger ist Engagement eine Möglichkeit zur Selbstverwirklichung und Sinnfindung.

- Für die Verwaltung ist bürgerschaftliches Engagement ein wichtige wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Ressource.

- Für die Politik ist bürgerschaftliches Engagement gelebte Demokratie und wirkt der Politikverdrossenheit entgegen.

- Für die Unternehmen bringt gesellschaftliches Engagement eine stärkere, das Ansehen steigernde Identifikation ihrer Mitarbeiter und Kunden, die auch wirtschaftlich von Vorteil ist.

Fazit: Wir brauchen – zumal sich die Koalition auf eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements verständigt hat und das Thema auch im Leitbild der Stadt Münster verankert ist – ein zukunftsweisendes Konzept, das die Weichen in Richtung mehr bürgerschaftlichen Engagements stellt.

PROF. DR. KLAUS JUNCKER

Termine

Erpho-Schiffahrt

26. November, 19.30 Uhr, Gaststätte Scho. Mitgliederversammlung mit Vorstandsneuwahl. Gast: CDU-Kreisvorsitzender Markus Lewe.

Süd

13. Dezember, 20.00 Uhr Gaststätte „Braustübl“. Weihnachtessen gemeinsam mit der CDA.

Kinderhaus

20. November, 20.00 Uhr Gaststätte „In’t Küörwken“, Janningsweg 4. Stammtisch der Ortsunion.

23. November, 19.00 Uhr Pfarrzentrum St. Josef. Grünkohlessen mit Jubilarehrung. Gast: Bürgermeisterin Karin Reismann.

18. Dezember, 20.00 Uhr Gaststätte „In’t Küörwken“. Stammtisch der Ortsunion.

Handorf

4. November, 19.00 Uhr „Deutscher Vater“. Jubilarehrung. Gast: Handwerkskammerpräsident Hans Rath.

23. November, 19.00 Uhr. „Grünkohl und Politik“

Wolbeck

8. November, 19.30 Uhr Foyer Hotel im Park (Gartenbauschule). Politischer Herbst: öffentliche Veranstaltung zum „Umgang mit Cannabis konsumierenden Personen“, mit G. Piepel, Leiter der Drogenberatung Münster und A. Eickel, Beratung und Suchtprävention.

12. November, 18.00 Uhr Classical-Service-Center Münsterstr. Politischer Herbst: öffentliche Veranstaltung mit Dr. T. Robbers, Leiter der Wirtschaftsförderung Münster GmbH. Thema: „Was tut Münster für die Förderung des Mittelstandes mit einem Schwerpunkt Wolbeck?“

20. November, 19.30 Uhr Gaststätte Sültemeyer. Politischer Herbst: öffentliche Veranstaltung mit Ruprecht Polenz MdB.

11. Dezember, 19.30 Uhr Politischer Herbst: öffentliche Veranstaltung mit Marie-Theres Kastner MdL zur Schulpolitik in NRW.

Gremmendorf

4. Dezember, 19.30 Uhr Gaststätte Sebon. Adventsfeier und Grünkohlessen mit Mitgliederehrung. Gast: Prof. Dr. Thomas Sternberg MdL.

CDU Roxel: Klares Nein

Ortsunion kritisiert Neubaupläne für 170 LKW-Parkplätze an den Raststätten Münsterland-West und -Ost

Die CDU Roxel nimmt die Diskussion um den Neubau von 170 LKW-Parkplätzen auf der BAB 1 an den Raststätten Münsterland zum Anlass, zum gemeinsamen Kampf gegen das Mammutprojekt aufzufordern. „Leider müssen wir dies mit martialischer Sprache bekräftigen, denn das Projekt scheint jetzt in eine entscheidende Phase zu treten“, verdeutlichen Ratsfrau Sybille Benning und CDU-Chef Christoph Brands.

Auf die Agenda zurückgekommen sei das Projekt, nachdem Bundesverkehrsstaatssekretär Achim Groß-

mann einen Brief an Münsters OB Dr. Berthold Tillmann geschrieben und betont habe, man hätte „sich sehr um eine der Region entgegenkommende Planung bemüht“. Diese Äußerung hat uns auf die Palme gebracht“, so Benning. „Es ist zudem eine Frechheit zu behaupten, örtliche Vorstellungen verzögerten die Planungen. Man hat den Eindruck, dass man der Planungsbehörde nur lästig ist. Uns auch noch für Parkplatzenpässe der LKWs verantwortlich zu machen ist äußerst dreist!“ Hier läge ein bundesweites und nicht ein Münster-spezifisches

Problem vor.

Gemeinsam mit dem CDU-Vorsitzenden Christoph Brands und in enger Abstimmung mit der Bürgerinitiative „Landschaftsschutz Roxel“ habe man daher noch einmal alle Hebel in Bewegung gesetzt, um weiter gegen dieses Projekt vorzugehen. „So haben wir Ruprecht Polenz gebeten, seine Münsteraner Bundestagskollegen an einen Tisch zu holen und Einsicht zu nehmen in die Vertragsunterlagen zum Verkauf der Rastanlagen an Investoren, weil wir vermuten, dass Vertragsbindungen für den Ausbau eingegangen und damit öffentliche Planungsrechte unterlaufen wurden.“

Termine

Stadtbezirk West

Roxel

11. November, 11.30 Uhr Gaststätte Kortmann. Stammtisch mit Ruprecht Polenz MdB zur „Halbzeitbilanz“

11. Dezember, 18.30 Uhr Kaminabend mit Stadtrat Thomas Paal.



Sybille Benning und Christoph Brands fordern einen runden Tisch gegen die Ausbaupläne des Bundes.



Junge Union testet Spielplätze im Süden

Zwar sind die Mitglieder des Jugendforums Hilstrup und des Stadtbezirksverbands Süd der Jungen Union schon aus dem Förmchenalter heraus, das aber hinderte die Jugendlichen nicht, Ende September einen Spielplatztest im Stadtbezirk Hilstrup durchzuführen, um sich der Interessen der Kleinen und Kleinsten anzunehmen.

Das Wetter hätte für einen solchen Spielplatztest nicht besser sein können. Strahlender Sonnenschein, sommerliche Temperaturen und gute Laune begleiteten die sechs Jugendvertreter auf ihrer Tour von Spielplatz zu Spielplatz.

In zwei Gruppen untersuchten die Hiltruper zahlreiche Spielplätze im Stadtbezirk. Nachdem die JU Hilstrup bereits 2005 einen Test durchgeführt hatte, der nur die Hiltruper Spielplätze umfasste, konnten die ge-

wählten Mitglieder des Jugendforums und die Mitglieder des JU-Vorstandes bei diesem Mal auch Spielplätze in Amelsbüren und Berg Fidel unter die Lupe nehmen.

Sauberkeit, Erreichbarkeit und natürlich Gerätevielfalt und -zustand waren die Kriterien, nach denen Schulnoten von 1-6 zu vergeben waren.

"Die meisten Spielplätze machen einen sehr ordentlichen Eindruck. Eine 6 mussten wir nicht verteilen", resümierten die Prüfer nicht unzufrieden über den Zustand der Spielplätze.

"Natürlich haben wir einige Verbesserungsvorschläge und Änderungswünsche", zog Linus Tepe, Vorsitzender der JU, Bilanz.

Diese Wünsche wurden inzwischen mit dem Grünflächenamt der Stadt abgeprochen und werden in der Verwaltungsvorlage für die

BV Hilstrup Berücksichtigung finden, wie das Amt mitteilte.

Kümmern statt Verkümmern, heißt das Motto der JU in Münsters Süden. "Wir haben stets alle Menschen von Klein bis Groß im Blick. Die JU ist ein kompetenter Ansprechpartner, die sich für die Belange der eigenen Generationen einsetzt", betonte der Vorstand der JU aus Münsters Süden. Außerdem freuten sich die Nachwuchspolitiker, dass mit dem Jugendforum eine zweite Vereinigung bestehe, die die Interessen der jungen Generation im Auge hätten.

Bilder des Testes sind auf <http://sued.ju-muenster.de> unter dem Menüpunkt "Bilder", "Aktionen" zu finden. Außerdem werden dort demnächst die Ergebnisse zum Download bereitstehen.



Mitglieder der CDU-Ratsfraktion beim Ortstermin an der Promenade.

Nach Kyrill-Sturm: Aufforstung am Schloß

„Manchmal lohnt es sich abzuwarten und Experten ihre Arbeit machen zu lassen, statt populistischer Schnellschüsse“, so der Kommentar des umweltpolitischen Sprechers der CDU-Ratsfraktion Frank Baumann zur Vorlage bezüglich der Wiederherstellung der Promenade im Bereich Hindenburgplatz. Während die Opposition nach den Sturmschäden zu Jahresanfang sehr schnell Anträge zur Wiederaufforstung gestellt habe, habe seine Fraktion

der zuständigen Fachverwaltung gesucht. Dabei sei beiden Seiten klar gewesen, dass eine Wiederaufforstung erst im Spätherbst Aussicht auf Erfolg habe, da dann Pflanzzeit sei. „Für uns war entscheidend, dass bei den Planungen der von den Münsteranern schmerzlich vermisste Gesamteindruck der Promenade wiederhergestellt wird, die Interessen der Send-Schausteller gewahrt werden und eine spätere mögliche Nutzung des Platzes – Stichwort Kongress- und Konzerthalle –

nicht behindert wird. Dass haben wir auch der Verwaltung deutlich gemacht“, so Baumann weiter. „Aufgrund der guten Zusammenarbeit in der Vergangenheit und der unter anderem durch die Entente Florale eindrucksvoll unter Beweis gestellten Kompetenz des Amtes für Grünflächen habe seine Fraktion dann die Pläne der Verwaltung abgewartet.“ Diese liegen nunmehr vor und sollen nächste Woche im Hauptausschuss verabschiedet werden. „Wie erwartet hat die Verwaltung



überzeugend gearbeitet“, zeigt sich Baumann zufrieden.

Die Planung sieht vor, die Promenade am Hindenburgplatz entsprechend der Gestaltung des übrigen Promenadenverlaufs herzustellen, d.h., es soll eine vierreihige Lindenallee, rote Bänke, Papierkörbe, Kleimanngitter und Knieholme geben. Die Wegeführung wird um einen zweiten Fußweg ergänzt. „Die einheitliche Gestaltung der Promenade wird möglich, da die Stadt den Promenadenbereich am Hindenburgplatz vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW übernommen hat und nunmehr für den gesamten Promenadenverlauf zuständig ist“, führt Baumann aus. „Die Gesamtkosten für die Maßnahme belaufen sich auf rund 450.000 Euro“, führt Baumann aus. Aller-

dings sei man seitens der Stadt und der Politik optimistisch, dass durch die Aktion „Bürgerbäume“ Sponsoren für neue Linden gefunden werden und so die Kosten für die Allgemeinheit noch gesenkt werden können.

Während am Hindenburgplatz noch in diesem Jahr die Aufforstung durchgeführt wird, muss sich der Sentmaringer Park noch ein wenig gedulden. „Die groben Sturmschäden sind zwar auch dort schon beseitigt, jedoch wird ein Konzept für die Aufwertung des Parks erst im nächsten Jahr umgesetzt werden können, da die städtischen Finanzmittel für dieses Jahr ausgeschöpft sind.“ Im kommenden Jahr werden die Arbeiten aber auch dort beginnen, zeigt sich der Ratsherr zuversichtlich.

CDU will Baum spenden

Für die Wiederaufforstung will die CDU-Kreispartei mindestens einen Baum spenden. Die CDU bittet ihre Mitglieder, dies zu unterstützen.

Wer kann und mag, kann mit einer Überweisung auf das Konto Nr. 131318 der CDU Münster bei der Sparkasse Münsterland Ost (BLZ 400 501 50) mit dem Kennwort „Baumspende“ zweckgebunden für diese Aktion einen Beitrag leisten.

Aufwertung

Stadion Preußen Münster

„Die CDU-Fraktion unterstützt den SC Preußen Münster ausdrücklich bei seinen Plänen, den Standort Hammer Straße baulich aufzuwerten“, so das Resümee des CDU-Fraktionsvorsitzenden Heinz-Dieter Sellenriek. „Der aktuelle sportliche Erfolg mit einer großen Zuschauerresonanz macht noch einmal deutlich, wie wichtig der SCP für Münster ist. Die CDU wird daher ihrer Linie treu bleiben und den Verein unterstützen.“ In einem Gespräch mit Preußen-Präsident Marco de Angelis hatte sich Sellenriek gemeinsam mit den CDU-Sportpolitikern Günter Schulze Blasum und Edgar Drüge die aktuellen Planungen des SCP erläutern lassen: „Wir waren uns einig, dass es auf absehbare Zeit für die Preußen am besten ist, im alten Stadion zu spielen. Dafür müssen aber einige Maßnahmen umgesetzt werden, um den Komfort für die Zuschauer und Sponsoren zu verbessern sowie die Auflagen des DFB erfüllen zu können“, so der Sportausschussvorsitzende Günter Schulze Blasum.

H 75571

CDU Münster

Mauritzstraße 4 - 6

48143 Münster

Telefon (025 1) 41842-0

Telefax (025 1) 41842-44

post@cdu-muenster.de

www.cdu-muenster.de

Hochschulstandort Münster:

Exzellente Bedingungen für Forschung und Lehre?

Veranstaltung des Monats: Offenes Symposium am
14.11.2007, 18 bis 20 Uhr im Max-Planck-Institut,
Röntgenstraße 20, 48149 Münster.

Münster unterscheidet sich deutlich von anderen Städten, denn Münster wächst. Wachstum heißt nicht nur mehr Menge. Münster wächst an Qualität. Münster ist eine moderne, innovative, vielseitige und besonders lebenswerte Stadt. Münster wird als Standort immer attraktiver.

Wir laden Sie herzlich ein, neben der grundlegenden Information mit uns über die vielfältigen Fragestellungen zum Thema Forschung und Lehre zu diskutieren.

Dabei wollen wir zentrale Fragen stellen: Wie ist der Hochschulstandort Münster im Wettbewerb zu anderen Hochschulstandorten positioniert? Was kann die Stadt

Münster bzw. die Politik in Münster tun, um den Hochschul- und Wissenschaftsstandort Münster zu stärken?

Hochkarätiges Podium

■ Prof. Dr. Ursula Nelles, Rektorin der Universität Münster

■ Prof. Dr. Peter Funke, Senator der Deutschen Forschungsgesellschaft

■ Markus Langer, Projektleiter bei der CHE Consult GmbH

■ Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Heribert Meffert, Vorsitzender des Beirats Münster-Marketing

■ Prof. Dr. Klaus Nieder-

drenk, Rektor der FH Münster

■ Prof. Dr. Hans R. Schöler, Geschäftsführender Direktor des Max-Planck-Instituts Münster

■ Stefan-Alexander Roth, Vorsitzender RCDS Münster

Anmeldungen

Anmeldungen für die Veranstaltungen nimmt die Kreisgeschäftsstelle (Tel. 0251-418420) entgegen. Aufgrund des eingeschränkten Platzangebotes übersenden wir Ihnen nach der Anmeldung eine Einlasskarte. Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass wir Ihnen ohne Einlasskarte keinen Sitzplatz garantieren können.